



Die Stadtverordnetenversammlung

## Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 15. Juli 2021

Antrags-Nr. 21-F-15-0001

### **"Europastadt" Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern! - Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 10.05.2021 -**

Einige Städte in Deutschland tragen den Beinamen „Europastadt“, mit dem sie sich in besonderer Weise dem Gedanken der europäischen Verständigung sowie der europäischen Idee verpflichtet fühlen. Die „Europastadt“ ist kein offiziell verliehener Titel und nur auf dem ersten Blick ein symbolischer Akt; bringt er doch zum Ausdruck ihr Bekenntnis als Stadt zu Europa und seinen Werten. Der Titel ist rechtlich nicht geschützt. Die Städte verleihen ihn sich selbst durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Weitere formale Voraussetzungen sind nicht notwendig. Vergleichbare Städte wie Frankfurt/Main, Görlitz oder auch Darmstadt nennen sich „Europastadt“. Wiesbaden besitzt ausgezeichnete Grundlagen für die Aufnahme dieses Titels. Verleihung dieses Titels. Am 13. Juni 1949 hat sich im Hessischen Staatstheater die „Europäische Bewegung Deutschland“ gegründet. Einige Firmen in unserer Stadt haben ihre Europazentrale hier. Gleichfalls steuern verschiedene Verbände ihre europäischen Aktivitäten von Wiesbaden aus. Jahrelang fand hier der Europa-Dialog statt. Zu erwähnen sind auch verschiedene Veranstaltungen der Wirtschaft zu europäischen Themen. Schließlich führt die Europa-Union in Wiesbaden regelmäßig Veranstaltungen mit europäischen Themen durch.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die notwendigen Schritte für den Zusatznamen „Europastadt“ für Wiesbaden bis zur Mitte dieses Jahres einzuleiten sowie eine Sitzungsvorlage vorzubereiten.
2. Der Magistrat wird gebeten, dafür auch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Aufnahme des Titels „Europastadt“ herbeizuführen.
3. Der Magistrat forciert die städtische Koordination der europarelevanten Themen. Recherchen nach passenden EU-Fördermöglichkeiten für Projektvorhaben müssen intensiv geprüft und Non-profit-Projekte mit Europarelevanz gefördert werden.
4. Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, die zu einem besseren Verständnis von Europa und zu erhöhter Transparenz der Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene beitragen, werden verstärkt gefördert.

---

### **Ergänzungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion:**

5. Das Amt der Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, eine Europafahne in dem Stadtverordnetensitzungssaal aufzustellen.
-

**Änderungs- und Ergänzungsantrag der Fraktion Volt, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum Antrag Nr. 21-F-15-0001 „Europastadt Wiesbaden - Europäische Idee kommunal verankern!“, der Fraktion FW/Pro Auto vom 10.05.2021 zur Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021**

Änderung der Ziffern 1 und 2:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass sich die Stadt Wiesbaden zur „Europastadt“ erklärt und bittet den Magistrat um eine gleichlaufende Erklärung.
2. Der Magistrat wird gebeten,
  - 2.1 die Aufstellung von Hinweisschildern möglichst nahe an den Ortstafeln zu veranlassen und
  - 2.2 die Kosten für die Beschilderung zu erheben und rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligten mitzuteilen.

Ergänzung der Ziffer 3 um die folgenden Ziffern:

3.1 Konkret wird der Magistrat gebeten zunächst zu berichten wo und wie die europarelevanten Themen in den Dezernaten angesiedelt sind, wie diese in den Referaten abgearbeitet werden und ob eine Bündelung dieser Themen in einem Europareferat/Referat für Internationale Angelegenheiten als sinnvoll erachtet wird.

3.2 Ferner wird der Magistrat gebeten dem zuständigen Ausschuss über den weiteren Fortgang zum Antrag 21-F-21-0003 von Bündnis 90 Die Grünen/SPD vom 25. Februar 2021 bezüglich der Beurteilung einer Mitgliedschaft im Netzwerk EUROCITIES sowie der vorgeschlagenen Teilnahme am Newcomer-Gipfel im Mai und am Mobilitätsgipfel im Juni zu berichten.

Ziffer 4 bleibt unverändert.

---

**Änderungsantrag von DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden zu TOP 10 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli 2021**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird um einen weiteren Punkt wie folgt ergänzt.

6. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Russland als dem größten Land Europas.
- 

**Änderungsantrag des Stadtverordneten Lukas Haker (Die Partei) zu TOP 10 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli 2021**

Hiermit beantrage ich, die Beschlussvorlage um einen weiteren Punkt zu ergänzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird um einen Punkt wie folgt ergänzt:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Wolgograd.

---

**Beschluss Nr. 0356**

Die Beratung des Antrags der Fraktion FW/Pro Auto wird einschließlich der Anträge von SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt sowie von Die Linke und von Stv. Haker auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.09.2021 verschoben.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2021

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .07.2021

Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister